



DR. FRANZ LÖSCHNAK
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

XIX. GP.-NR
228 /AB
1995 -02- 16

ZU

154 10

Zahl: 0117/799-II/4/95

Wien, am 31. Jänner 1995

An den
Präsidenten des Nationalrates
Parlament
1017 WIEN

Die Abgeordneten zum Nationalrat, Dr. LACKNER u Kollegen haben am 15.12.1994 unter der Nr 154/J an mich eine parlamentarische Anfrage betreffend den Personalstand des Gendarmeriepostens Matrei in Osttirol gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- " 1. Ist Ihnen die geschilderte Situation bekannt?
2. Wie hat sich der Personalstand der Exekutive in Osttirol seit 1983 verändert und aufgrund welcher Überlegungen kam es dazu?
3. Wieweit wird grundsätzlich dem steigenden Nächtigungsaufkommen in den Gemeinden durch die personelle Besetzung der Exekutive Rechnung getragen?
4. Aus welchen Gründen wurde der Personalstand in vielen Tiroler Gemeinden (laut beiliegenden Unterlagen z.B. in der Gemeinde Mayrhofen von 12 auf 18, in der Gemeinde Neustift von 7 auf 13 oder in Sölden von 12 auf 19 Beamte) aufgestockt, während es in Osttirol zu einer Absystemisierung kam?
5. Ist Ihnen bekannt, daß die Exekutive in Osttirol derzeit mit 4 Beamten unter dem Stand arbeitet?

6. Ist von Ihrer Seite aus eine Verstärkung der Exekutive in Osttirol vorgesehen?
Wenn nein, warum nicht?
Wenn ja, in welcher Höhe und ab welchem Zeitpunkt?
7. Wie stehen Sie zu den Bestrebungen namentlich der Gemeinden Virgen, Matrei und Prägraten, den GP Matrei auch nachts ständig zu besetzen?
8. Welche Möglichkeiten sehen Sie, um den Wunsch der Bevölkerung dieser Gemeinden nach einer ständigen Besetzung des GP Matrei entsprechen zu können?
9. Wie hoch ist der von Seiten Ihres Ministeriums künftig vorgesehene Personalstand für den GP Matrei?
10. Welche Kriterien sind für eine Veränderung dieser Personalstandszahlen ausschlaggebend?
11. Welche Maßnahmen gedenken Sie zu setzen, um einer zunehmenden Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit im Bezirk Lienz entgegenzuwirken?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Mir ist bekannt, daß sich durch die schwierigen geographischen Verhältnisse mit den großen Entfernungen zwischen den Siedlungsgebieten besondere Probleme für die sicherheitsdienstliche Betreuung der Bevölkerung und der Gäste ergeben. Richtig ist aber auch, daß sowohl der Arbeitsanfall als auch die Arbeitsbelastung der Beamten dieses Bezirkes unter dem Durchschnitt des LGK-Bereiches Tirol liegt.

Zu Frage 2:

1983 80 Beamte
1994 79 Beamte

Die Absystemisierung um einen Beamten erfolgte 1989, da der Personalbedarf in anderen Bereichen Tirols größer war.

Zu Frage 3:

Es wird sowohl innerhalb des LGK-Bereiches als auch bei zusätzlichen Planstellenzuweisungen getrachtet, den Personalstand der einzelnen Dienststellen den tatsächlichen Erfordernissen anzupassen.

Zu Frage 4:

Durch den Ausbau von Gletscherschigebieten in den aufgezählten Gemeinden kam es zu einer erheblichen Vermehrung der Arbeitsbelastung, welche nur teilweise durch Aufsystemisierungen ausgeglichen werden konnte. Im Bezirk Lienz war ein vergleichbarer Belastungszuwachs nicht vorhanden.

Zu Frage 5:

Ja.

Der personelle Unterstand im Bezirk Lienz ist aber geringer als in den meisten anderen Bezirken Tirols.

Zu Frage 6:

Derzeit ist keine Aufsystemisierung vorgesehen. Eine solche würde von der Zuweisung zusätzlicher Planstellen abhängen, wobei jedoch noch zu berücksichtigen ist, daß in anderen Bezirken Tirols ein dringenderer Personalbedarf besteht.

Zu Frage 7:

Mit der Neuerstellung des Dienstsystems wurde eine Verlagerung vom Innen- in den Außendienst erreicht, was sich österreichweit bewährt hat. Eine durchgehende Besetzung des GP Matrei in Osttirol würde wieder zu einer Verringerung der Außendienstpräsenz und damit zu sicherheitsdienstlichen Nachteilen führen.

Zu Frage 8:

Derzeit sehe ich keine Möglichkeit, weil eine solche Maßnahme zu einer Reduzierung der Außendienste führen würde und somit für die Sicherheit der Bevölkerung nachteilig wäre.

Zu Frage 9:

Aufgrund der derzeitigen Auslastung und der gegebenen Planstellensituation ist eine Erhöhung des derzeitigen Personalstandes in nächster Zeit nicht beabsichtigt.

Zu Frage 10:

Entfällt aufgrund der Antwort zu Frage 9.

Zu Frage 11:

Eine zunehmende Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit im Bezirk Lienz ist nach den mir vorliegenden Unterlagen nicht gegeben. Sowohl die Kriminalitätsbelastung als auch die Verkehrsunfallbilanz sind im Verhältnis zu den meisten anderen Bezirken in Tirol eher gering. Entsprechende Maßnahmen zur Hebung der Sicherheit wurden bereits mit den Reformvorhaben aus den Jahren 1991 (Dienststellenstrukturkonzept) und 1993 (Dienstzeitregelung) gesetzt.

Frank Lien